

Weltwoche, 27. Okt. 2016

Parteien

SP in der Europa-Falle

Unbeirrt hält die Schweizer Sozialdemokratie am Ziel eines EU-Beitritts fest. SP-Chef Levrat sollte überlegen, ob er im Dossier Personenfreizügigkeit nicht besser den Deal ^[11]_[SEP] mit der SVP als mit der bürgerlichen Mitte sucht.

Wolf Linder

Blickt man auf die vergangenen Jahrzehnte der Schweizer EU-Politik zurück, so muss man der Sozialdemokratischen Partei zugutehalten: Sie ist nicht wetterwendisch, sondern hält, konsequent und unbeirrbar, an ihrem proeuropäischen Kurs fest. Sie liess sich durch die Niederlage bei der EWR-Vorlage 1992 nicht entmutigen, unterstützte zusammen mit den Gewerkschaften die Bilateralen und gehört bis heute zu den konsequentesten Verteidigern der EU-Arrangements – bis hin zur Personenfreizügigkeit. Während die Euro-Turbos in anderen Parteien langsam zu einer gefährdeten Spezies werden und das Parlament dem damaligen EU-Beitritts-Gesuch des Bundesrats ein stilles Begräbnis bereitet hat, werben SP-Politiker laut und seitens der Partei unwidersprochen für den EU-Beitritt als Fernziel.

Warum dieser Kurs auf Brüssel?

Das ist erstaunlich. Denn nach der EU-Osterweiterung, der Euro-Krise, nach zunehmendem Widerstand vieler Länder gegen die Personenfreizügigkeit und nach dem Brexit dämmert es selbst den überzeugtesten EU-Anhängern, dass das Europa-Projekt zu breit und *top-down* gewachsen ist. Die Idee der europäischen Friedensgemeinschaft, ein hohes Ziel für die politische Linke, ist verblasst.

Während die SVP mit der Formel für eine «unabhängige und autonome Schweiz» ständig an ideologischem wie realpolitischem Boden gewann, verlor das vom einstigen SP-Strategen Bodenmann formulierte Gegenprojekt einer «weltoffenen, fortschrittlichen Schweiz» an Überzeugungskraft. Warum hält die politische Linke daran fest, obwohl sie mit ihrer proeuropäischen Ausrichtung teuer bezahlt?

Die tiefe Spaltung der Gesellschaft in EU-Befürworter und -Gegner nach dem EWR-Nein 1992 wurde durch die bilateralen Verträge zunächst überbrückt. Das bürgerliche Lager – unter Einschluss der SVP – betrachtete die Bilateralen als pragmatischen Kompromiss für den Zugang zum europäischen Markt. Zur Linken dagegen spielte immer noch die Hoffnung auf eine politisch-kulturell offenere Zukunft der Schweiz mit – schliesslich waren erst wenige Jahre seit den «Diamantfeiern» (1989) vergangen, als die Aktivdienst-Generation die Schweiz des Zweiten Weltkriegs und die Schweiz von gestern feierte. Die spätere Raison d'être für die EU-Politik der Linken freilich war weniger ideologisch als wirtschaftlich bestimmt. Die Globalisierung, die in den neunziger Jahren Fahrt aufnahm, brachte Linke und Gewerkschaften in den meisten OECD-Ländern in starke Bedrängnis. Stellten die Gewerkschaften zu hohe Lohnforderungen, wanderten die mobil gewordenen Unternehmen mitsamt Kapital in Billiglohnländer aus. Mehr noch: Die Gewerkschaften hatten kaum Verhandlungskarten in der Hand, um die Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverluste zu verhindern. Auf politischer Ebene sodann erlaubte die zunehmende internationale Steuerkonkurrenz keine Erhöhung von Steuern und keine Erweiterung der Sozialbudgets.

Für die Schweiz nun eröffneten sich mit den Bilateralen I unverhoffte Chancen: Gewerkschaften und SP konnten ihre Zustimmung zu den EU-Verträgen mit der sozialen Abfederung von Risiken der Arbeitsmarktliberalisierung verbinden. Was die geschwächten Gewerkschaften von den Arbeitgebern nicht mehr direkt verlangen konnten, vermochten sie als sozialpolitische Forderung zu stellen. Die soziale Sicherung wurde nicht mehr durch sozialpartnerschaftliche Verträge, sondern durch die staatliche Politik erreicht. Gesetz statt Vertrag! Die Strategie der staatlichen Abfederung ging bei späteren Geschäften mit der EU nicht immer so erfolgreich auf wie bei den Bilateralen I. Sie ist jedoch nachvollziehbar und entspricht dem ökonomischen Lehrbuch: Die Verlierer des internationalen Freihandels sind durch die nationale Politik zu entschädigen. Das erklärt auch, wieso der Schweizer Sozialstaat trotz einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit und auch in einer neoliberalen Epoche eher gewachsen als geschrumpft ist.

Kehrseiten der Europäisierung

Geht diese Strategie auch heute noch auf? Betreffend ihr politisches Kerngeschäft können SP und Gewerkschaften bisher eine positive Bilanz ziehen: Der Sozialstaat ist nicht abgebaut worden, die Löhne sind weitgehend stabil geblieben, die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem tiefen Niveau. Allerdings: Der Kreis der Verlierer der Europäisierung ist weit grösser, als sowohl die Linke wie die bürgerliche Mitte es erwartet hatten. Der schnelle Strukturwandel liquidierte nicht bloss Unternehmen des Binnenmarktes, sondern pflügte den Arbeitsmarkt um: Ältere Arbeitnehmer werden gegen junge ausgetauscht; wer als kaufmännischer oder technischer Angestellter kein europäisch anerkanntes Diplom vorweisen kann, sieht alt aus gegenüber «Bachelors» gleich welcher ausländischen Provenienz. Das Management vieler Unternehmen hat im Zuge der Internationalisierung und betriebswirtschaftlichen Optimierung den Wert der Sozialpartnerschaft hintangestellt und dafür eine neue Hierarchisierung von «Studierten» und «Nicht-Akademikern» eingeführt. Das dient weder der Arbeitsproduktivität noch dem Arbeitsfrieden. Diese und weitere soziale Umbrüche betreffen Leute aus allen Schichten. Die einzige Partei, die sich solcher Probleme angenommen und das Wählerpotenzial der überaus heterogenen Europäisierungsverlierer konsequent genutzt hat, ist die SVP.

«Soziales Europa» – ein Irrtum

Das grösste Warnzeichen müsste aber die Entwicklung der EU selber sein. Brüssel ist zum Zentrum einer neoliberalen und grenzenlosen Eroberung von Märkten für internationale Unternehmen geworden. Die Einheitswährung hat die Kluft zwischen Europas Norden und Süden vergrössert, und die zum Dogma erklärte Personenfreizügigkeit trägt keineswegs zum Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen den armen und den reichen EU-Staaten bei. Das «soziale Europa» ist ein grosser Irrtum der Linken – nicht nur in der Schweiz: Fritz W. Scharpf, der scharfsinnigste deutsche Politologe, zeigte schon vor Jahren auf, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofs mit der Entmachtung nationaler Politik auch viele Dämme sozialstaatlicher Sicherung systematisch einreissen. Dies nicht etwa wegen der personellen Besetzung des Gerichts, sondern wegen der grundsätzlichen Rechtslage, welche die Wettbewerbsidee der EU an oberste Stelle setzt. Linke und Gewerkschaften sollten alarmiert sein.

Hier nun befindet sich die SP tatsächlich in einer Falle. Zwar hat sie nach wie vor gute Gründe, für eine Entwicklung der Beziehungen zur EU über den Bilateralismus hinaus einzustehen. Jedoch wäre eine Distanzierung von der zunehmend neoliberalen EU-Politik im ureigenen Interesse der Linken geboten. SP-Chef Levrat könnte sich etwa überlegen, ob er im Dossier Personenfreizügigkeit nicht besser den Deal mit der SVP als mit der bürgerlichen

Mitte sucht. Der Aufschrei der Stammwählerschaft freilich wäre gross, der Flurschaden beträchtlich und unübersehbar. Zudem ist es ganz und gar nicht sicher, ob die Mehrheit der SVP an einem Deal mit der SP interessiert wäre und statt einer Lösung die weitere Bewirtschaftung des Problems vorziehen würde. Das sind die Kosten einer politischen Polarisierung, die den «helvetischen Kompromiss» erschweren, wenn nicht gar - verunmöglichen.

Dies nun ist eine Falle, in welcher mehr als nur eine Partei gefangen ist. Sich daraus zu befreien, würde allerdings heissen: Entideologisierung der institutionellen EU-Frage auf beiden Seiten, den Blick freimachen für das dahinterstehende, weit grössere Problem; - kritische Distanz zur Hyperglobalisierung, die in ihrer derzeitigen Grenzenlosigkeit und Demokratiegefährdung längst die Schwelle des Zumutbaren überschritten hat – das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) lässt grüssen.

Wolf Linder ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften der Universität Bern. Von 1974 bis 1982 sass er für die SP im Thurgauer Parlament. Er gehörte neben Simonetta Sommaruga zu den Mitautoren des 2001 publizierten Reformpapiers «Gurten-Manifest».